

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 29. März 1974

Blatt 641

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Kommende Woche: Zwei weitere städtische Beratungsstellen für Familienplanung

Fußgängerzone Favoritenstraße

Dipl.-Ing. Kojetinsky feierlich verabschiedet

Wiener Gemeinderat

Fortsetzung Pressekonferenz Hofmann: "Geburtstagsgeschenk" für Favoriten

"Notruf" der Baupolizei überlastet

Lokal:

Die Verkehrsmaßnahmen der kommenden Woche: Teilweise Sperre der Nußdorfer Straße

Kinderspielplatz in der Uttendorfgasse in Betrieb

Kulturdienst:

Sensationeller archäologischer Fund: Römisches Herkules-Relief entdeckt

Chef vom Dienst: 42 800/Durchwahl 2971

Samstag: 10.00 bis 17.00 Uhr

Sonntag: 14.00 bis 17.00 Uhr

geehrte redaktion

=====

4 wien, 29.3. (rk) der amtsfuehrende praesident des stadtschul-  
rates fuer wien, abg. dr. hermann s c h n e l l , moechte sie ueber

die schulsituation in wien im schuljahr 1974/75

-----

und die damit zusammenhaengenden probleme informieren. wir laden  
sie daher herzlich zu einer

p r e s s e k o n f e r e n z

-----

ein, die am freitag, dem 5. april, 11 uhr, im presseforum, 1, volks-  
gartenstrasse 3, stattfindet.

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 5. april, 11 uhr.

ort: presseforum, 1, volksgartenstrasse 3, 3. stock, konferenz-  
zimmer.

0918

ko m m u n a l :

=====

kommende woche:

zwei weitere staedtische beratungsstellen fuer familienplanung

2 wien, 29.3. (rk) kommenden montag, den 1. april, werden der wiener bevoelkerung zwei weitere staedtische beratungsstellen fuer familienplanung zur verfuegung stehen. und zwar: in der schwangerenambulanz des wilhelminenspitals, 16, montleartstrasse 37, diensttag und donnerstag von 13 bis 15 uhr und in der semmelweiss-frauenklinik 18, bastiengasse 36-38, montag bis freitag von 8 bis 12 uhr sowie diensttag und donnerstag von 16 bis 18 uhr.

wie die bisherigen erfahrungen in den ersten beiden, bereits am 18. maerz eroeffneten, eheberatungs- und familienplanungsstellen der stadt wien im 1. bezirk, gonzagagasse 23 (montag und donnerstag 16 bis 18.30 uhr) und im 12. bezirk, meidlinger hauptstrasse 2 (mittwoch von 16 bis 18.30 uhr) gezeigt haben, ist das interesse beziehungsweise die frequenz der ratsuchenden ueberaus gross. an den ersten fuenf beratungsabenden wurden diese beiden stellen von insgesamt 130 personen frequentiert. dabei zeigte es sich, dass der grossteil der ratsuchenden - naemlich 70 - frauen waren. weiters kamen 24 ehapaare und 12 maenner. ausser in wirtschaftlichen, sozialen, psychologischen und rechtlichen fragen wurde auch bei problemen der familienplanung rat und hilfe erteilt.

0909

k o m m u n a l :

=====

## fussgaengerzone favoritenstrasse

5 wien, 29.3. (rk) nach der kaerntner strasse werde nun auch die aeussere favoritenstrasse in eine fussgaengerzone umgestaltet, erklarte freitag stadtrat ing. fritz h o f m a n n bei einer pressekonferenz. am 1. april werde mit den arbeiten zwischen buchen-gasse und gudrunstrasse sowie in der quellenstrasse zwischen Leibniz-gasse und wielandgasse begonnen. diese fussgaengerzone soll ende september fertiggestellt sein, die kosten werden elf millionen schilling betragen. der restliche teil der favoritenstrasse bis zum columbusplatz wird spaeter ausgestaltet.

der plan, die aeussere favoritenstrasse zwischen reumannplatz und columbusplatz in eine fussgaengerzone umzuwandeln, ist schon waehrend der projektierungsarbeiten fuer die u-bahn gefasst worden. im zuge des u-bahn-baues sind daher die entsprechenden vorarbeiten respektive aenderungen fuer die fussgaengerzone beruecksichtigt worden.

die fussgaengerzone soll gleichsam das 'wohnzimmer' des 10. bezirktes werden und den buergern einen oeffentlichen raum zurueckgeben, in dem sie, frei von laerm und abgasen, in ruhe bummeln koennen und auch erholung finden. die plaene fuer die favoritner fussgaengerzone haben die architektengemeinschaft fuer den u-bahn-bau - verantwortlich in diesem fall architekt marschalek - und architekt stein entworfen.

die gestaltung des bodens wird so vorgenommen, daB jeweils bänder aus betonplatten quer zur favoritenstrasse verlegt werden und dazwischen der boden aus asphalt bestehen wird. in einigen kleineren bereichen werden auch pflasterungen mit granitsteinen vorgenommen. selbstverstaendlich wird es zwischen gehsteig und fahrbahn keinen niveauunterschied mehr geben. durchgehend wird eine sechs meter breite fahrspur fuer den lieferverkehr, der an den vormittagsstunden in gewohnter weise moeglich sein wird, zur verfuegung stehen.

in der ersten phase werden lediglich in der quellenstrasse sieben neue baeume gepflanzt und somit der dortige baumbestand

auf 15 stueck erhoert. die gesamte fussgaengerzone wird mit eigens dafuer entwickelten kandelabern beleuchtet, die vier plexi-glaskugeln aufweisen.

weitere gestaltungselemente werden vitrinen aus glas und aluminium und ein springbrunnen sein.

die bauarbeiten selbst sind so terminisiert, dass im april lediglich die alten gehsteige abgetragen und eine neue decke eingebracht wird, auf der ab mai mit den pflasterungsarbeiten begonnen wird. die pflasterungsarbeiten sind so koordiniert, dass auch waehrend der bauzeit der notwendige Lieferverkehr gewaehrleistet wird. die arbeiten sind in vier unterabschnitte geteilt.

(forts.moegl.)

0935

k o m m u n a l :

=====

dipl.-ing. kojeticsky feierlich verabschiedet

6 wien, 29.3. (rk) im arbeitszimmer des stadtbaudirektors wurde freitag der in den ruhestand tretende obersensatsrat dipl.-ing. richard k o j e t i n s k y feierlich verabschiedet. zu der feier hatten sich neben den stadtraeten ing. h o f m a n n und s c h i e d e r magistratsdirektor dr. e r t l und obersensatsrat dr. t h e u e r sowie viele kollegen der tiefbaugruppe und anderer abteilungen eingefunden.

stadtbaudirektor prof. dr. k o l l e r wuerdigte in einer kurzen und herzlichen rede die fast vierzigjaehrige taetigkeit kojeticskys im dienste der stadt wien. besonders erwaehte er den bau der muellverbrennungsanlage am floetzersteig, die unter kojeticsky als leiter der tiefbaugruppe wegweisend fuer ganz oesterreich geworden ist. der gedanke des umweltschutzes, der damals vereinzelt vertreten wurde, wird jetzt auf breitester basis begruesst. kolle bedauerte es, dass er nicht gleichzeitig mit der verabschiedung kojeticskys dessen nachfolger das dekret des buergermeisters ueberreichen koenne. bis zur ernennung eines nachfolgers werde sensatsrat dipl.-ing. e l l i n g e r als rangaeltester beamter der gruppe tiefbau interimistisch die leitung uebernehmen.

stadtrat ing. hofmann sprach kojeticsky den dank der politiker fuer seine taetigkeit aus, die stets mit dem einsatz seiner ganzen persoenlichkeit verbunden war.

0945

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

teilweise sperre der nussdorfer strasse

3 wien, 29.3. (rk) am montag kommender woche beginnen gleisarbeiten in der nussdorfer strasse zwischen schubertgasse und dreihackengasse, die voraussichtlich drei monate lang zu einer empfindlichen behinderung des verkehrs fuehren werden: die nussdorfer strasse muss fuer den durchzugsverkehr in richtung stadtwarts zwischen schubertgasse und dreihackengasse gaenzlich gesperrt werden, in der gegenrichtung wird bloss eine fahrspur zur verfuegung stehen. die umleitung erfolgt durch den strassenzug schubertgasse-sobieskigasse-dreihackengasse. etwa anfang mai wird die sperre bereits ab der ayrenhoffgasse wirksam. verkehrsbehoerden und polizei empfehlen den autofahrern, nach moeglichkeit gssraeumig der nussdorfer strasse auszuweichen.

ebenfalls am montag wird die aspernstrasse zwischen erzhertzog karl-strasse und dem asperner heldenplatz voraussichtlich fuer vier monate fuer den durchzugsverkehr gesperrt werden. die ursachen sind die verlegung neuer wasser- und gasrohre sowie die erneuerung der strasse selbst. die umleitungen: stadtauswaerts durch oberdorfgasse und langobardenstrasse, stadteinwaerts durch die eisenhutgasse und die haberlandgasse.

0911

Kommunal:Wiener Gemeinderat  
=====

Wien, 29.3. (RK) Zu Beginn der Sitzung des Gemeinderates am Freitag, teilte Bürgermeister Leopold Gratz mit, daß eine an ihn gerichtete dringliche Anfrage der ÖVP vorliege, die sich mit den Verlusten des Baurings im Zusammenhang mit dem Bau eines Militärflughafens und einer Straße in Saudi Arabien befasse. Über die Verlesung und Besprechung der Anfrage wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt. Ferner lagen sechs Anfragen der FPÖ und zwei der ÖVP vor.

Die SPÖ beantragte die Änderung der Bedingungen für verschiedene Kreditaktionen und die Schaffung einer Nachbarschaftshilfe zur Betreuung der Kinder berufstätiger Mütter, genannt "Tagesmütter".

Von der ÖVP lagen folgende Anträge vor: Neuregelung und Herabsetzung der Spitalsgebühren, strengere Einhaltung der Vorschriften für Hunde in Parkanlagen und Schaffung eigener Hundetummelplätze, Einsatz qualifizierter Gastarbeiter zur schulischen Hilfe der Gastarbeiterkinder, Ergänzung der Wiener Bauordnung zur besonderen Berücksichtigung der Belange Körperbehinderter und alter Menschen, Wiederinstandsetzung der Hütteldorfer Brücke, Vorfinanzierung allgemeinbildender höherer Schulen im 11. und 22. Bezirk, Erklärung des Ensembles Gersthofener Straße 123-166 zur Schutzzone sowie Änderung der Bestimmungen über die Errichtung von sogenannten "Kabelböcken".

Die FPÖ forderte in ihren Anträgen die Überprüfung des Projekts der zweiten Landepiste des Flughafens Schwechat, eine Verlängerung der Autobuslinie 35 A vom Friedrich Engels-Platz bis zur Schnellbahnstation Traisengasse und dringende Maßnahmen zur Erhaltung von Wohnhäusern.

In den Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse wurden sodann auf eine 6jährige Funktionsdauer die Gemeinderäte Adalbert Busta und Ing. Walter Hofstetter mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ gewählt.



### Bildhaueratelier

Daraufhin beschloß der Gemeinderat mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP einen Drei-Millionen-Kredit für die Weiterführung der Bauarbeiten am Bildhaueratelier von Prof. Wotruba (Antragstellerin GR. Johanna Dohnal, SPÖ). GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete die Finanzierung des Bildhauerateliers aus Mitteln des Kulturschillings als unakzeptabel, da diese der Altstadterhaltung vorbehalten seien. Dazu stellte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) in einer Wortmeldung klar, daß die Beträge aus dem Kulturschillinggesetz "vor allem für die Altstadterhaltung" verwendet werden sollen. Im übrigen amortisieren sich die Investitionen in das Atelier dadurch, daß Wotruba seine Kunstwerke der Stadt Wien zur Verfügung stelle.

### Maulbertsch-Ausstellung

Als dritte Rate für die Durchführung der Anton Maulbertsch-Ausstellung wurde von GR. Hermine Fiala (SPÖ) der Betrag von 2,280.000 Schilling beantragt. Gleichzeitig wurde die Festlegung der Eintrittspreise für alle drei Veranstaltungsorte mit 40 S, für den Einzelbesuch des Piaristenklosters mit 25 S und für die Einzelkarte für Halbthurn oder Heiligenkreuz-Guttenbrunn mit je 15 S vorgeschlagen. Als einziger Debattenredner wies GR. Ascherl (SPÖ) darauf hin, daß das Kulturamt der Stadt Wien seine Serie großer Ausstellungen bildender Künstler - von Van Gogh bis Picasso - fortsetze. Der Redner berichtete über eine Stichprobenuntersuchung des Statistischen Zentralamtes über das kulturelle Verhalten der Bevölkerung, nach der nur acht Prozent der Befragten mit dem kulturellen Veranstaltungsangebot nicht zufrieden wären. 24 Prozent empfinden kulturelle Veranstaltungen als zu teuer, 40 Prozent der Befragten erklärten, sie hätten zu wenig Zeit, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. Nicht minder stark sei die Gruppe jener, denen der Weg zu einer kulturellen Veranstaltung zu weit sei. Der Redner schlug vor: Noch mehr Kontakte mit Schulen und Jugendorganisationen, noch mehr Information der Bevölkerung, insbesondere in den Stadtrandgebieten, noch mehr Einführungsvorträge, lesbarere Kataloge und eine besser verständliche Kunstkritik. So werde noch mehr Demokratisierung des Kulturgeschehens erreicht.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Subventionen

Einen Gesamtbetrag von mehr als 13,3 Millionen S weist eine Subventionsliste auf, die StR. Mayr (SPÖ) vorlegte. Darin sind folgende größere Posten enthalten: 2,250.000 S für den Sozialdienst des österreichischen Komitees für Sozialarbeit, 600.000 S für die Gesellschaft "Österreichisches Hilfswerk für Behinderte und Schutzbedürftige", 2 Millionen S für den Verein Schülerheime, 330.000 S für die Internationale Vereinigung der Multiplen-Sklerose-Gesellschaften und 6,950.000 S für den Fonds zur Beratung und Betreuung von Zuwanderern nach Wien. Kritik an dem zuletzt genannten Betrag übte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), der die Ansicht vertrat, daß es nicht Aufgabe der Gemeinde Wien, sondern der Unternehmer sei, für die von ihnen beschäftigten Gastarbeiter menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Wenn überdies mit diesen Mitteln für die Rückwanderer im Heim Malzgasse Wohnungen besorgt würden, wäre dies ungerecht gegenüber den Delogierten aus Abbruchhäusern. GR. Dr. Maria Flemming (ÖVP) kritisierte, daß eine Subvention von 35.000 S für die Beratungsstelle für Drogensüchtige, die vom Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit unterhalten wird, viel zu gering sei. Im Schlußwort erklärte StR. Mayr, daß die Absiedlung des Heimes Malzgasse notwendig sei. Wenn den Insassen andere Unterkünfte zur Verfügung gestellt würden, geschehe das nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse der Wiener in der Umgebung, weil eine Slumbildung vermieden werden müsse. Was die Subvention für die Drogenberatungsstelle betreffe, würde diese noch weitere Mittel erhalten.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Baugrundzins-Änderung

Die Neuregelung des Entgeltes für Baurechtsgründe, die der Ekazent und der Konsumgenossenschaft Wien zur Errichtung von Ladenstraßen und Einkaufsmärkten zur Verfügung gestellt werden, betraf ein Antrag von GR. Outolny (SPÖ). GR. Krenn (FPÖ) kritisierte als Debattenredner den seines Erachtens allzu "günstigen" Baugrundzins. Er sprach sich gegen Exklusivbedingungen für die Ekazent und die Konsumgenossenschaft Wien aus und regte in diesem Zusammen-

hang einen echten freien Wettbewerb an, wobei er einen diesbezüglichen Antrag stellte. GR. Outolny sprach sich in seinem Schlußwort gegen diesen Zusatzantrag aus, da erfahrungsgemäß bei privaten Bewerbern bisher die entsprechenden Garantien gefehlt hätten.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen, der Zusatzantrag mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

#### Schulneubau in der Bernoullistraße

GR. Sagmeister (SPÖ) referierte über die Vorfinanzierung der Baukosten des zehnklassigen Pavillons zur Erweiterung der allgemeinbildenden höheren Schule im 22. Bezirk, Bernoullistraße, in der Höhe von 10,5 Millionen S.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) begrüßte namens seiner Fraktion die Errichtung dieses Pavillons im Hinblick auf die außerordentlich große Schulraumnot im 22. Bezirk. Gerade bei den allgemeinbildenden höheren Schulen sei im Sinne einer Chancengleichheit rasche Hilfe notwendig, da derzeit zum Teil unzumutbare Zustände herrschten. Schon jetzt sollte man daran denken, eine zweite Mittelschule für den 22. Bezirk zu errichten.

GR. Gertrude Stichl (SPÖ) wies auf den enormen Bevölkerungszuwachs im 22. Bezirk hin. Derzeit sei die Einwohnerzahl von 82.000 bereits überschritten. Auf den Debattenbeitrag ihres Voredners eingehend, meinte sie, daß die Schulraumnot bei den AHS-Schulen auf mangelhafte und ungenügende Maßnahmen beziehungsweise Versäumnisse der früheren ÖVP-Regierung zurückzuführen sei. Trotz intensiver Bemühungen der Bezirksvorstehung und des Stadtschulrates habe man seitens der damaligen Regierung wenig Verständnis und Bereitschaft zur Lösung der Probleme gezeigt. Erst in der Ära von Unterrichtsminister Leopold Gratz und von Bürgermeister Slavik sei der Bundesschulbau forciert vorangetrieben worden. Als unbedingte Notwendigkeit für die nächste Zeit nannte sie den Bau eines zusätzlichen Bundesrealgymnasiums sowie einer Handelsakademie und einer Handelsschule für den 22. Bezirk.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Einkaufszentrum

GR. Lustig (SPÖ) stellte den Antrag auf Abschluß eines Optionsvertrages zwischen der Stadt Wien und der Societe des Centres Commerciaux S.A. betreffend den Verkauf von Teilflächen der städtischen Liegenschaften der Katastralgemeinde Inzersdorf, - Draschegründe - .

Es handelt sich um 165.000 Quadratmeter Grund, östlich der Autobahn Süd, für die Erbauung eines Einkaufszentrums.

Der Referent verwies darauf, daß eine zehnmonatige Option zugesagt wurde und bei Nichteinhaltung die Gesellschaft zwei Millionen S an die Gemeinde Wien zu zahlen habe.

GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß keine Notwendigkeit besteht, auf den Draschegründen ein Einkaufszentrum zu erbauen. Es wäre besser, diese Gründe als Bauland zu erhalten.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, daß ein gleiches Projekt in Vösendorf entsteht und schon aus städtebaulichen Gründen dieses Projekt abgelehnt werden müsse. Außerdem seien die Geschäfte in den Wiener Geschäftsstraßen rückläufig und vor allem die Geschäfte der Innenstadt durch den U-Bahn-Bau schwer geschädigt.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) führte aus, daß es nicht unbedingt begrüßenswert sei, daß im Süden Wiens ein Ekazent entsteht. Doch sind wir gezwungen auf grüner Wiese zu bauen, denn es ist in diesem Bauhoffnungsgebiet eine neue Käuferschicht vorhanden.

In seinem Schlußwort erklärte GR. Lustig, daß durch den Bau des Einkaufszentrums der Umsatz in Wien bleibe. Es beteiligen sich außerdem fast ausschließlich österreichische Firmen. Vor allem ist auch die Existenz vieler kleiner Handelsgeschäfte gesichert.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Bestattungs-Tarife

StR. Nekula (SPÖ) legte den Antrag vor, die seit 1968 unveränderten Tarife der Städtischen Bestattung um durchschnittlich drei Prozent oder 225 Schilling pro Bestattungsfall zu erhöhen. Er verwies darauf, daß seit 1968 die Personalkosten um 84 Prozent und der sonstige Aufwand um 36 Prozent gestiegen seien. Man müsse nun den Tarif den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen, da

sonst die Bestattung heuer laut Wirtschaftsplan einen Verlust von rund 7 Millionen S haben würde. Dabei sei zu berücksichtigen, daß seit 1968 die Krankenkassen und Versicherungen ihre Leistungen im Todesfall wesentlich erhöhten, so daß den Hinterbliebenen durch die Tarifierhöhung in den meisten Fällen keine Mehrkosten entstünden.

Dkfm. Bauer (FPÖ) erklärte, daß Bürgermeister Gratz voriges Jahr zur Nikolozeit versprochen habe, daß die kommunalen Dienstleistungen ein Jahr lang nicht verteuert würden. Er werde jetzt zum zweiten Mal desavouiert. Das Prinzip der Kostendeckung sei bei bestimmten kommunalen Betrieben richtig, aber es würden nicht immer alle Möglichkeiten der Rationalisierung und der Kosteneinsparung ausgeschöpft. Dkfm. Bauer erklärte, daß ihm die Einsicht in die Kostenrechnung der Bestattung verweigert worden sei, obwohl man Transparenz versprochen habe. Schließlich stellte er fest, daß die tatsächliche Erhöhung mehr als 6 Prozent betrage.

Dkfm. Ammann (ÖVP) korrigierte den Vorredner: Der Bürgermeister habe seine Erklärung, es werde ein Jahr lang keine Tarifierhöhung geben, am 26. November abgegeben. Am 1. Februar sei jedoch der Strom teurer geworden, nun würden auch Kranksein und Sterben teurer. Die Einzelleistungen der Bestattungen würden um 14 bis 50 Prozent teurer. Wie komme man dann auf drei Prozent im ganzen? Im Ausschuß habe man das damit erklärt, daß gewisse Leistungen, etwa Teppiche in den neuen Aufbahrungshallen, nicht mehr nötig seien. Tatsächlich entfalle nur die Hälfte der Leistungen bei einer Bestattung auf die Eigenleistungen der Bestattung, die übrigen, etwa Parten und Sänger, vermittele sie nur. Die Erhöhung der Eigenleistungen der Bestattung mache 6,4 Prozent aus. Der Redner kritisierte, daß Verstorbene oft erst nach 48 oder mehr Stunden abgeholt würden. Man solle die Totenbeschau und den Abholdienst verbessern. Kostensteigerungen könnten durch Rationalisierungen, etwa im Sargbetrieb, aufgefangen werden.

GR. Deistler (SPÖ) wies den Vorwurf mangelnder Information zurück: Den Ausschußmitgliedern seien sehr ausführliche Unterlagen übermittelt worden. Der ÖVP warf er einen Meinungswandel vor: 1968 habe die damalige Stadträtin Dr. Schaumayer die Erhöhung der Bestattungstarife mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet.

Jetzt, da die ÖVP keine Verantwortung mehr trage, falle es ihr leicht nein zu sagen. Gerade bei der Bestattung sei sehr stark rationalisiert worden, etwa durch den Umbau der Aufbahrungshallen, die Modernisierung der Dekorationen und die Schaffung zusätzlicher Möglichkeiten für Kremationsfeiern. Das wirke sich preislich stark aus. Wien habe die niedrigsten Bestattungstarife.

StR. Nekula stellte fest, daß Bürgermeister Gratz in der Pressekonferenz am 26. November erklärt habe, es würden keine Tarife erhöht, wenn nicht unvorhergesehene Preissteigerungen dazu zwängen. Das sei hier der Fall. Es gehe dabei nicht um die Erzielung eines Gewinns, sondern um eine ausgeglichene Gebarung, wie sie im Statut vorgeschrieben sei. Der FPÖ warf er vor, nur die halbe Wahrheit zu sagen. "Sie bekommen, wie versprochen, alle Informationen," sagte StR. Nekula zu Dkfm. Bauer, "aber Sie müssen zu mir kommen, ich werde Ihnen nicht nachlaufen". StR. Nekula zitierte, womit die frühere Stadträtin Dr. Schaumayer 1968 die Erhöhung der Bestattungsgebühren und 1972 die Erhöhung der Friedhofsgebühren begründet habe. Was damals richtig gewesen sei, werde jetzt von der ÖVP in Frage gestellt. Dabei habe 1968 die Erhöhung 12 Prozent gegenüber jetzt 3 Prozent für den einzelnen Bestattungsfall, 16 Prozent gegenüber jetzt 6,47 Prozent für die Eigenleistungen der Bestattung betragen. Zur manchmal verspäteten Abholung Verstorbener: Die Bestattung stehe Tag und Nacht bereit, Verstorbene abzuholen - aber sie könne es erst tun, wenn ihn der Totenbeschauer, ein Arzt, freigegeben habe.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### Bauring-Debatte

GR. Hirnschall (FPÖ) begründete einen Antrag seiner Fraktion, dessen Kernpunkt vorsieht, die Sanierung des Bauringes aus öffentlichen Mitteln zu unterlassen und im Falle eines Konkurses die Weiterbeschäftigung schuldloser Angestellter zu sichern. Der Antrag sei deswegen dringlich zu behandeln, weil nach Zeitungsmeldungen eine eindeutige Willenserklärung der SPÖ vorliege, den Bauring zu sanieren.

GR. Rautner (SPÖ) begründete die Ablehnung der Zuerkennung der Dringlichkeit für seine Fraktion. Der FPÖ-Antrag sei nicht

ernst zu nehmen. Arbeitsmarktpolitische und wirtschaftliche Gründe sprächen dagegen.

Dem Antrag wurde die Dringlichkeit gegen die Stimmen der ÖVP und FPÖ nicht zuerkannt.

Anschließend daran wurde eine dringliche Anfrage der ÖVP verlesen, die sich ebenfalls mit dem Bauring beschäftigte. In dieser Anfrage richteten die GR. Dr. Günther Goller und Fritz Hahn an Bürgermeister Leopold Gratz acht detaillierte Fragen.

1. Wer bei der Bewerbung und Annahme des Auftrages für den Bau eines Militärflughafens und eines Straßenbaues in Saudi-Arabien Geschäftsführer des Bauringes war und wer zu jener Zeit die Interessen der Stadt Wien im Aufsichtsrat des Unternehmens wahrzunehmen hatte?

2. Was den Bürgermeister dazu veranlaßt habe, den vom Kontrollamtsbericht erstatteten Ergänzungsbericht über bedenkliche Wahrnehmungen bei der Abwicklung des Geschäftes in Saudi-Arabien nicht zu beachten, obwohl die ÖVP-Fraktion rechtzeitig am 5. Juli 1973 darauf hingewiesen und eine genaue Untersuchung verlangt habe?

3. In welcher Form der Bürgermeister die Verantwortung für die Auswirkungen tragen werde?

4. Ob der Bürgermeister die Auffassung vertrete, daß mit der Lösung der Dienstverhältnisse zu den früheren Geschäftsführern wirklich alle Verantwortlichen für das Arabien-Geschäft erfaßt worden seien und ob die Frage der strafrechtlichen Verantwortung beziehungsweise zivilrechtliche Wiedergutmachung der Schäden geprüft worden sei?

5. Ob der Bürgermeister die in Pressemeldungen wiedergegebenen Absichten teile, Geschäfte mit Saudi-Arabien fortzusetzen?

6. Ob dem Bürgermeister bekannt sei, in welcher Höhe bei Kreditinstituten Obligos bestehen, die unter Umständen zu Lasten der Stadt Wien abgedeckt werden müßten?

7. Was der Bürgermeister unternommen habe, um das volle Ausmaß der Verluste möglichst abzuwenden?

8. Ob sich der Bürgermeister darüber im klaren sei, daß angesichts der aufklärungsbedürftigen Situation die Gründung einer Holding im gegenwärtigen Zeitpunkt nur zu einer Verschleierung derartiger Mißerfolge und zu unzumutbaren Belastungen gesunder gemeindeeigener Unternehmungen führen würde?

In der Begründung der Dringlichkeit warf StR. Dr. Goller (ÖVP) dem Kontrollamt vor, den Gemeinderat im Unklaren gelassen zu haben. Eine Sieben-Zeilen-Notiz sei alles gewesen, was das Kontrollamt in seinem Bericht zu diesen Verlusten zu sagen hatte. Die Öffentlichkeit habe ein Recht darauf, die Wahrheit über die Verlustgeschäfte zu erfahren, denn der Bauring sei nicht Besitz verschiedener Bürgermeister oder der SPÖ-Fraktion, sondern aller Steuerzahler.

Der Anfrage wurde einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

Als erster Debattenredner drückte StR. Dr. Goller (ÖVP) die große Sorge seiner Partei über die Tatsache aus, daß die internen kritischen Äußerungen über das Saudi-Arabien-Geschäft des Baurings so lange unberücksichtigt blieben. Auch bestehe keine Klarheit über die Möglichkeit von Folgeaufträgen. Die Alleinschuld für das Debakel sei nicht ausschließlich den ausgeschiedenen Geschäftsführern anzulasten. Dr. Goller stellte die Frage, ob etwa die Darstellung des geschäftlichen Mißerfolgs so lange verschleppt werden sollte, bis der Bauring in die neue Holding eingebracht ist.

StR. Goller stellte darüber hinaus ausführliche Zahlenvergleiche an, was mit dem bisher bekanntgewordenen Verlustbetrag von 600 Millionen hätte finanziert werden können: Zum Beispiel 10.000 zusätzliche Kindergartenplätze, zehn Pensionistenheime oder 3000 moderne Wohnungen. Die Verlustsumme entspräche dem Durchschnittseinkommen von 100.000 Österreichern.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) nannte drei Kriterien für die saudi-arabische Pleite: Unfähigkeit des Managements, Untätigkeit des Aufsichtsrats und Nichtfunktionieren seiner Kontrolltätigkeit sowie die Sorglosigkeit des Auftraggebers in der Person des Finanzreferenten. Für die Öffentlichkeit stelle sich die Frage, ob ein derartiges, der Gemeinde gehörendes Unternehmen mit öffentlichen Geldern saniert werden müsse. Hier sollten die gleichen Spielregeln wie für Privatunternehmen gelten. Die FPÖ bedaure daher, daß ihr dringlicher Antrag auf Ablehnung der Bauring-Sanierung vom Gemeinderat abgelehnt wurde.



GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) erklärte, jeder Ausflug der Stadt Wien in die Privatwirtschaft ende mit entlarvender Regelmäßigkeit mit einem Debakel. Die neue Geschäftsführung trete zudem offenbar die Flucht nach vorne an und sehe eine neue Fata morgana, wenn sie unwidersprochen erkläre, in Saudi-Arabien könnten neue große Aufträge erhalten werden. Das Defizit des Unternehmens nähere sich der Milliarden-Grenze, mache das Vier- bis Fünffache des Grundkapitals aus und daher müsse von Gesetz wegen der Konkurs angemeldet werden. Die FPÖ sei dagegen, den Verlust aus dem Steuersäckel wettzumachen. Diese Konsequenz im nachhinein sei man dem Steuerzahler schuldig. Die Sorge um die Arbeitsplätze sei nur auf den ersten Blick schwerwiegend, da seiner Meinung nach, fuhr Bauer fort, bei der heutigen arbeitsmarktpolitischen Situation keine Schwierigkeit bestehen dürfte, neue Arbeitsplätze zu finden oder auch im Gemeindedienst neue Leute einzustellen. Firmen, die Großaufträge der Stadt hätten, könnten zudem verpflichtet werden, gewisse Kontingente an Arbeitern zu übernehmen und schließlich würden künftig bereits absehbare Großbauvorhaben der Stadt weitere Möglichkeiten eröffnen. Erst wenn dann noch Gelder für Härteausgleich oder für Umschulungen notwendig wären, dann würde die FPÖ gerne ihre Zustimmung geben. Zudem würde durch ein solches Vorgehen zwar unfreiwillig, aber doch ein stabilitätspolitischer Beitrag geleistet werden.

Als nächster Debattenredner sprach GR. Reinhold Suttner (SPÖ), nach dessen Meinung in der Debatte um den Bauring bewußt an Tatsachen vorbeigegangen werde. Der Höhepunkt sei heute mit der dringlichen Anfrage der ÖVP erreicht worden. Er erklärte, daß selbstverständlich lediglich die Geschäftsführer und niemand sonst in dem selbständigen Unternehmen handlungsfähig gewesen seien. Die Aufträge in Saudi-Arabien seien zudem unter tatkräftiger Mitwirkung der Bundeskammer und des Botschafters zustande gekommen. Aber Tatsachen seien nicht gefragt, nur Krisen seien gefragt, erklärte Suttner. Er zitierte sodann Äußerungen des heutigen ÖVP-Stadtrates Dr. Goller aus dem Jahr 1966, nach denen die ÖVP Mühe gehabt habe, die Wasserkrise zu einem Politikum zu machen und erntete dafür eine Reihe von Zwischenrufen. Der Bauring sei der ÖVP offenbar aus Konkurrenzgründen seit langem ein Dorn im Auge und man müsse fragen, welche Interessenten dahinterstecken. ("Die Steuerzahler", rief Stadtrat Lehner, ÖVP.) Dem Aufsichtsrat sei

bereits am 4. Mai 1972 über das saudi-arabische Projekt berichtet worden und damals hätten die ÖVP-Gemeinderäte Dr. Habl und Dr. Wöber keinerlei Fragen gestellt. Der damalige Finanzstadtrat Schweda habe im Juli 1972 überdies der Geschäftsführung des Bauringes mitgeteilt, keine weiteren Aufträge in Saudi-Arabien anzunehmen, solange keine klare Übersicht über die bisherige Tätigkeit in Arabien vorliege. Allen war natürlich klar, daß man aus den geschlossenen Verträgen nicht aussteigen könne. Und er habe den Eindruck, meinte Suttner, die Volkspartei wolle diesen Anlaß nutzen, um sich von ihrem Kräfteverfall zu erholen. Abschließend erklärte Suttner, er verwahre sich dagegen, ohne Beweise irgendjemanden schuldig zu sprechen. Seine Partei sei selbstverständlich an einer restlosen Klärung interessiert. Die ÖVP habe jedenfalls dem Unternehmen und der Sicherung der Arbeitsplätze für 4.000 Beschäftigte keinen guten Dienst erwiesen. ("Aber den Steuerzahlern, denn wir sind nicht die Vertreter des Bauringes", rief GR. Dr. Glatzl, ÖVP.)

GR. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) betonte, die ÖVP weide sich nicht am Bauring-Debakel, sondern bedaure, daß ein gemeinde-eigener Betrieb auf Kosten der Steuerzahler solche Abenteuer riskiere. Im Zeitpunkt der Auftragsübernahme sei kein ÖVP-Mandatar über das Geschäft in Saudi-Arabien informiert gewesen. Der Vorwurf der politischen Spekulation gehe ins Leere: Nicht derjenige schädige ein Unternehmen, der verantwortungslose Geschäfte aufzeigt, sondern derjenige, der sie unkontrolliert durchführt. Der Aufsichtsrat sei nicht rechtzeitig informiert worden. Es gäbe Firmen mit entsprechender internationaler Erfahrung, die man in solchen Fällen als Partner heranziehen könnte. Nun gelte es, das Ausmaß des Debakels möglichst zu verringern. Die Voraussetzung dafür - und für Überlegungen der Sanierung in dieser oder jener Form - sei Klarheit. Es müsse endlich Schluß mit der Kette wirtschaftlicher Abenteuer in dieser Stadt sein.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) erklärte, daß sich er und GR. Habl im März 1973 im Aufsichtsrat des Bauring gegen das Projekt in Saudi-Arabien ausgesprochen hätten. Die SPÖ habe so wie jetzt geglaubt, das sei böse, in Wirklichkeit sei es sachlich gewesen. Für Juni habe man eine Sitzung versprochen, sie sei abgesagt worden. Offenbar seien der SPÖ der Wahlkampf und der Aufbau von Bürgermeister Gratz wichtiger gewesen, als die gefährdeten Arbeitsplätze im Bauring.

Abschließend meldete sich Bürgermeister Gratz zur Beantwortung der Anfrage. Er betonte, daß eine solche Anfrage das legitime Recht und sogar die Pflicht eines Gemeinderates sei. Wenn allerdings der Generalsekretär der ÖVP am Tag vor Einbringung der Anfrage die Salzburger Wähler auffordert, an den Wiener Bauring zu denken, dann könne man nur schwer annehmen, daß nicht politische statt sachlicher Motive im Vordergrund stünden. Der Gebrauch von Ausdrücken wie "Konkurswirtschaft", "Milliarden-defizit" und "Bereicherung" könne dazu führen, daß durch Mutmaßungen, die dann nicht bestätigt werden, der Ruf eines Unternehmens verantwortungslos geschädigt werde.

In Beantwortung der Anfrage teilte der Bürgermeister mit: Das Offert für den Bau des Flughafens erfolgte 1970, der Auftrag 1971. Die Offertlegung für den Straßenbau erfolgte 1970, der Auftrag 1972. Der Kontrollantsbericht, der nach Ansicht der ÖVP nicht beachtet werden sei, habe dazu geführt, daß nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und weiteren Klarstellungen das Dienstverhältnis mit den beiden Geschäftsführern des Baurings gelöst wurde. Zur Frage nach der Verantwortung des Bürgermeisters stellte dieser fest, daß er für das Kontrollamt die Verantwortung trage, welches - wie auch aus der Anfrage selbst hervorgehe - durchaus nicht untätig war.

Die Frage nach der Verantwortlichkeit einzelner Personen sei viel zu ernst und zu bedeutsam, um dazu in Form einer persönlichen Auffassung Stellung zu nehmen. "Ich habe deshalb den Leiter des Kontrollantes angewiesen", sagte Gratz, "das Saudi-Arabien-Geschäft in allen Einzelheiten, auch an Ort und Stelle, zu überprüfen und mir einen Bericht zu erstatten, der, soweit dadurch nicht Geschäftsgeheimnisse verletzt werden, selbstverständlich auch dem Gemeinderat übermittelt werden wird".

Zur Frage weiterer Auslandsgeschäfte des Baurings erklärte Gratz, daß ein streng begrenztes und genau kalkuliertes weiteres Engagement erfolgen könne, wenn es dadurch möglich würde, den Verlust zu verringern.

Was eventuelle Obligos betreffe, so werde auch diese Frage in die Prüfung durch das Kontrollamt einbezogen werden.

Zur Frage bezüglich der Holding erklärte Gratz: "Über die Gründung der Holding-Gesellschaft wird sicher ausführlich im

Gemeinderat diskutiert werden. Feststeht, daß jedenfalls nur ein gesundes Unternehmen, d. h. in diesem Fall ein saniertes Unternehmen, in die Holding eingebracht werden kann. Die Gründung der Holding-Gesellschaft selbst soll keineswegs zu einer Verschleierung von Mißerfolgen führen, sondern, wie ich bereits mehrere Male Anlaß hatte darzulegen, die Interessen der Stadt Wien in den privatwirtschaftlichen oder gemischtwirtschaftlich geführten Unternehmungen wahrnehmen. Eine Holding-Gesellschaft beziehungsweise deren Geschäftsführung hat weitaus größere Möglichkeiten einer Begleitkontrolle der Unternehmungen als etwa das Kontrollamt oder der Rechnungshof, die jeweils nur eine Nachkontrolle vornehmen können".

Der Bürgermeister erklärte abschließend, man müsse sich überlegen, ob sich ein Unternehmen, das der Stadt Wien gehört, überhaupt in dieser Form im Ausland betätigen solle. Das Gewinnmotiv dürfe jedenfalls nicht ausschlaggebend sein, der Existenz- und der Betriebsgrund müsse über das Gewinnmotiv hinausgehen. Die Bildung der Holding werde Anlaß geben, auch darüber nachzudenken.

"Wir alle", sagte Gratz, "haben ein eminentes Interesse daran, daß die Tatsachen schonungslos aufgedeckt werden". Allerdings solle man im Zusammenhang mit der bevorstehenden Novellierung der Stadtverfassung auch erwägen, ob nicht ein Organ geschaffen werden könnte, wie es im Nationalrat zur Erörterung der Teilberichte des Rechnungshofes über die verstaatlichte Industrie bestehe, damit alle Details ohne jedes Zögern besprochen werden könnten.

Gratz hob die bedeutenden Erfolge des Bauringes auf Wiener Boden hervor. Erst seine Initiative habe dazu geführt, daß sich auch andere Firmen in Wien mit der Montagebauweise befaßt hätten. Der Bauring stehe in Wien qualitäts- und preismäßig im Wettbewerb und habe dabei sehr wertvolle Leistungen erbracht, besonders im Wohnbau. Diese Leistungen müßten bei allen Überlegungen berücksichtigt werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

fortsetzung pressekonferenz hofmann:

''geburtstagsgeschenk'' fuer favoriten

13 wien, 29.3. (rk) der erste teil der fussgaengerzone favoritenstrasse zwischen buchengasse und gudrunstrasse sei gleichsam auch ein geburtstagsgeschenk an den 10. bezirk, der am 27. september 1874 eingemeindet worden sei, erklarte stadtrat ing. fritz h o f m a n n im verlauf der pressekonferenz am freitag im wiener rathaus. der stadtrat gab ueberdies bekannt, dass die in gruendung befindliche garagenbaugesellschaft voraussichtlich noch heuer mit der errichtung der grossen tiefgarage am reumannplatz - fassungsvermoegen 600 autos - beginnen werde. die kleinere tiefgarage oberhalb der wendeanlage der u-bahn sei im rohbau bereits fertig. sie werde 255 wagen platz bieten.

bezirksvorsteher emil f u c i k wies darauf hin, die geschaeftsleute der favoritenstrasse haetten ihm wiederholt versichert, sie haetten laengst alle verluste, die sie urspruenglich durch die bauarbeiten fuer die u-bahn erlitten haetten, in den beiden letzten jahren wettgemacht. dies sei auf die offene bauweise zurueckzufuehren, bei der die decke des u-bahn-tunnels sehr rasch aufgebracht werden konnte und damit die favoritenstrasse so viel parkraum erhalten hat, wie es ihn zuvor nie gegeben habe. die favoritner bevoelkerung jedenfalls begruesse ausdruecklich die fussgaengerzone, die dem bezirk - die juengste bevoelkerungszahl betrage bereits 160.500 menschen - ein echtes zentrum geben werde.

fuer die bauarbeiten der fussgaengerzone werde uebrigens, erklarte stadtrat hofmann abschliessend, wieder ein sicherheitsingenieur zur verfuegung stehen, der wuenschen und beschwerden nachgehen werde: es ist dies dipl.-ing. walter e n g s t b e r g e r von der ma 28, der unter der telefonnummer 46 16 91, klappe 316, durchwahl, erreichbar ist.

k o m m u n a l :

=====

'notruf' der baupolizei ueberlastet

19 wien, 29.3. (rk) der 'notruf' der baupolizei, dessen  
installierung buergermeister Leopold g r a t z donnerstag  
bei einer pressekonferenz bekanntgegeben hatte, ist am freitag  
heissgelaufen. bis 13 uhr waren rund 150 anrufe registriert  
worden. es handelte sich hauptsaechlich um mieter, die baugebrechen  
meldeten und angst vor einer delogierung haben. auch ueber das  
mietengesetz musste der diensthabende beamte, der ueber die nummer  
43 81 14 erreicht werden kann, zahlreiche auskuenfte geben.

1551

L o k a l :

=====

kinderspielplatz in der uttendorfgasse in betrieB

14 wien, 29.3. (rk) der wunsch von bezirksvorsteher heinrich  
m u e l l e r , den autoabstellplatz in der uttendorfgasse in  
penzing zu einem radfahrplatz fuer kinder umzufunktionieren, ist  
erfuellt: freitag vormittag nahmen rund fuenfzig kinder aus der  
umgebung von dem platz besitz. die stadtverwaltung denkt daran,  
diesen platz, der sich vor allem fuer radfahren und rollschuhlaufen  
besonders gut eignet, noch weiter auszugestalten.

umweltstadtrat peter s c h i e d e r hatte bekanntlich  
angeordnet, den mit wracks und abfaellen uebersaeten platz in  
kuerzester zeit zu raeumen. dies ist nun geschehen. die weitere  
gestaltung folgt in naechster zeit.

1402